

# Handbuch Migrations- und Integrationsrecht

Dörig

2. Auflage 2020  
ISBN 978-3-406-74752-6  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Dörig  
Migrations- und Integrationsrecht

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, sans-serif font.  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Handbuch Migrations- und Integrationsrecht

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Harald Dörig**

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.;  
Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

2. Aufl. 2020

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
C.H. BECK

Zitervorschlag:  
Dörig MigrationsR-HdB/ *Bearbeiter*

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 74752 6

©2020 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH  
Crimmitschauer Str. 43, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen  
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

CO<sub>2</sub>  
neutral

  
[chbeck.de/nachhaltig](http://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Bearbeiterverzeichnis

- Dr. Uwe-Dietmar Berlit .. Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig;  
Honorarprofessor an der Universität Leipzig
- Dr. Harald Dörig ..... Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., Leipzig; Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Ulrich Drews ..... Richter am Thüringer Oberlandesgericht, Jena
- Klaus Faßbender ..... Stab der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Bonn
- Dr. Martin Fleuß ..... Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Dr. Rolf Gutmann ..... Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Stuttgart; Honorarprofessor und Ehrendoktor der Yeditepe-Universität Istanbul
- Dr. Stephan Hocks ..... Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Frankfurt am Main; Lehrbeauftragter an der „Refugee Law Clinic“ der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Dr. Michael Hoppe ..... Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Karlsruhe
- Dr. Constantin Hruschka . Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München
- Katrin Lehmann ..... Vorsitzende Richterin am Hessischen Verwaltunggerichtshof, Kassel
- Dr. Michael Maier-Borst . Stab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
- Dr. Reinhard Marx ..... Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
- Gabriele Mastmann ..... Rechtsanwältin, Frankfurt am Main
- Dr. Jessica Niehaus ..... Richterin am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.
- Killian O’Brien ..... Asst. Prof./DAAD Fachlektor, Trinity College Dublin, Irland; ehem. European Asylum Support Office, Malta (bis 2017)
- Bettina Offer LL. M. .... Rechtsanwältin, Frankfurt am Main
- Kai-Christian Samel ..... Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin
- Dr. Jan Markus Schulte ... Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Kiel
- Dr. Ariane Wiedmann,  
MJur (Oxon) ..... Richterin am Bayerischen Verwaltunggerichtshof, München

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 2. Auflage

Das vorliegende Handbuch befasst sich mit dem Migrationsrecht in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. Es umfasst das klassische Ausländerrecht, in dem geregelt ist, wer nach Deutschland einreisen darf und wer das Land wieder verlassen muss. Es stellt aber auch ausführlich die rechtlichen Regelungen zur Integration von Ausländern dar bis hin zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Weitere Schwerpunkte sind die Erwerbsmigration und das Flüchtlingsrecht. Abgerundet werden die Ausführungen durch ein Kapitel zum Recht der Spätaussiedler, denn das Migrationsrecht bezieht sich auch auf deutschstämmige Migranten.

In Deutschland leben etwa 11 Millionen Ausländer. Das sind 12 % der Gesamtbevölkerung. Die Quote liegt über der des Vereinigten Königreichs (8,6 %), Italiens (8,3 %), Schwedens (7,8 %) und Frankreichs (6,6 %). Betrachtet man die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, so leben in Deutschland 20,8 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln, das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung (Stand: 31.12.2018). Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Migrationsrecht für die Lebensverhältnisse eines großen Teils der in Deutschland lebenden Menschen von Bedeutung ist. Seine thematische Erschließung, die sich an Sachzusammenhängen und nicht an Paragraphen orientiert, macht sich dieses Handbuch zur Aufgabe.

Das Werk ist ganz überwiegend von Praktikern verfasst und spricht die Probleme des Migrationsrechts an, die in der Lebenswirklichkeit eine Rolle spielen. Es erfasst insbesondere die Themen, die im Rahmen der Lehrgänge zum Erwerb der Qualifikation als Fachanwalt für Migrationsrecht behandelt werden. Der Kernbestand der Autoren konnte aus dem Kreis der Dozentinnen und Dozenten solcher Fachanwaltslehrgänge gewonnen werden. Es sind erfahrene Rechtsanwälte, Richter aus allen Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und eines Oberlandesgerichts, ein Referatsleiter der Bundesintegrationsbeauftragten, ein Jurist der Bundesdatenschutzbeauftragten, ein ehemaliger Mitarbeiter des EU-Asylunterstützungsbüros und ein Mitarbeiter eines Max-Planck-Instituts. Der Unterzeichner war von 2002 bis 2018 Mitglied des für das Migrationsrecht zuständigen 1. Revisionsenats des Bundesverwaltungsgerichts. Die Autoren erläutern die Rechtslage unabhängig von ihrer beruflichen Position.

Das 2018 begründete Handbuch ist mit seiner 2. Auflage auf dem Stand vom März 2020 und bezieht damit auch das Migrationspaket des Jahres 2019 mit acht Änderungsgesetzen in seine Betrachtungen ein – so etwa das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht („Geordnete-Rückkehr-Gesetz“), das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz und das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz. Daneben berücksichtigt die Neuauflage weitere wichtige Novellen wie das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.

Mein Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren für die konstruktive Zusammenarbeit, aber auch dem verantwortlichen Lektor des Beck-Verlages Dr. Ulrich Eisenried für seine fachkundige Unterstützung bei der Erstellung des Werkes.

Erfurt, im März 2020

*Harald Dörig*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis .....	V
Vorwort .....	VII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXIX
<b>Einleitung</b> .....	1
A. Entwicklung des deutschen und europäischen Migrationsrechts .....	1
I. Gegenstand des Migrationsrechts .....	1
II. Entwicklung der Migration von und nach Deutschland .....	2
III. Migranten in Deutschland heute .....	6
IV. Rechtliche Grundlagen .....	7
B. Grundbegriffe des Migrationsrechts .....	9
<b>1. Kapitel. Staatsangehörigkeitsrecht</b> .....	13
§ 1 Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts .....	13
A. Grundlagen/Einführung .....	13
I. Begriff Staatsangehörigkeit .....	13
II. Allgemeine Funktion der Staatsangehörigkeit .....	15
III. Nationale Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft .....	17
B. Rechtsquellen des Staatsangehörigkeitsrechts .....	18
I. Völkerrecht .....	18
II. Unionsrecht .....	19
III. Nationales Recht .....	20
1. Gesetzesrecht .....	20
2. Rechtsverordnungen .....	21
3. Verwaltungsvorschriften .....	21
§ 2 Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit .....	22
A. Erwerb .....	24
I. Allgemeines .....	24
II. Staatsangehörigkeitserwerb kraft Abstammung .....	24
1. Allgemeiner Geburtserwerb (§ 4 Abs. 1 StAG) .....	24
2. Findelkindregelung (§ 4 Abs. 2 StAG) .....	26
3. Erklärungsrecht des Kindes (§ 5 StAG [F 1997]) .....	27
4. Erwerb durch Annahme als Kind (§ 6 StAG) .....	27
III. Erwerb durch Inlandsgeburt (§ 4 Abs. 3 StAG) .....	28
1. Allgemeines .....	28
2. Inlandsgeburt .....	29
3. Ausländischer Elternteil .....	29
4. Achtjähriger gewöhnlicher Aufenthalt .....	29
5. Unbefristetes Aufenthaltsrecht .....	30
IV. Staatsangehörigkeitserwerb und Vertriebenenrecht .....	31
1. Staatsangehörigkeitserwerb durch Spätaussiedler (§ 7 BVFG) ...	31
2. „Überleitung“ Statusdeutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit (§ 40a StAG) .....	32
V. Erwerb durch „Ersitzung“ (§ 3 Abs. 2 StAG) .....	32
VI. Staatsangehörigkeit(srück)erwerb bei Opfern der NS- Unrechtsherrschaft (Art. 116 Abs. 2 GG) .....	34

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Insbesondere: Erwerb durch Einbürgerung .....	35
I. Einbürgerung als Erwerbsgrund .....	35
II. Anspruchsvoraussetzungen der Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG) .....	37
1. Überblick .....	37
2. Klärung der Identität und Staatsangehörigkeit .....	38
3. Staatsangehörigkeitsrechtliche Handlungsfähigkeit .....	39
4. Achtjähriger Inlandsaufenthalt .....	39
a) „Gewöhnlicher“ Aufenthalt .....	40
b) „Rechtmäßiger“ Aufenthalt .....	41
c) Verkürzungen des erforderlichen Voraufenthalts (§ 10 Abs. 3 StAG) .....	41
5. Sicherheitserfordernisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, § 11 StAG) .....	42
a) Übersicht .....	42
b) Bekenntnis/Loyalitätserklärung .....	42
c) Ausschlussgründe (§ 11 StAG) .....	44
6. Aufenthaltsstatus bei Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG) .....	47
7. Eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts/ Unterhaltsfähigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG) .....	47
a) Grundsatz: Lebensunterhaltssicherung ohne Leistungsbezug .....	47
b) „Vertretenmüssen“ Leistungsbezug .....	48
8. Aufgabe/Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, § 12 StAG) .....	51
a) Grundsatz .....	51
b) Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeit .....	52
9. Strafrechtliche Unbescholtenheit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, § 12b StAG) .....	58
a) Grundsatz: keine Verurteilung .....	58
b) Nichtberücksichtigung von geringfügigen Bestrafungen (§ 12a Abs. 1 S. 1 bis 3 StAG) .....	60
c) Nichtberücksichtigung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (§ 12a Abs. 1 S. 4 StAG) .....	61
d) Ausländische Verurteilungen (§ 12a Abs. 2 StAG) .....	61
e) Aussetzung der Einbürgerungsentscheidung bei anhängigen Ermittlungs-/Strafverfahren (§ 12a Abs. 3, 4 StAG) .....	62
10. Sprachanforderungen .....	63
a) Grundsatz: ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache .....	63
b) Absehen vom Sprachkenntniserfordernis .....	63
11. Staatsbürgerliche Kenntnisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 7, Abs. 5 StAG) .....	64
12. Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse .....	65
13. Miteinbürgerung von Familienangehörigen .....	66
III. Ermessenseinbürgerungen (§§ 8, 9 StAG) .....	67
1. Allgemeines .....	67
2. Allgemeine Ermessenseinbürgerung (§ 8 StAG) .....	68
3. Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher (§ 9 StAG) .....	71
4. Weitere Ermessenseinbürgerungstatbestände .....	73
a) Einbürgerung ehemaliger Deutscher (§ 13 StAG) .....	73
b) Einbürgerung von Ausländern mit gewöhnlichem Auslandsaufenthalt (§ 14 StAG) .....	74
c) Staatenlose, heimatlose Ausländer und Flüchtlinge .....	74
d) Heimatlose Personen .....	75

## Inhaltsverzeichnis

C. Verlust der Staatsangehörigkeit	76
I. Grundsätzliches/Überblick	76
II. Verlust durch Entlassung (§§ 18 bis 24 StAG)	77
III. Verlust durch Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit	78
1. Regelfall: Verlust bei antragsabhängigem Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit	78
2. Ausnahmen	79
IV. Rücknahme der Einbürgerung	80
1. Überblick	80
2. Rücknahmevoraussetzungen	80
3. Ermessensentscheidung über die Rücknahme	81
4. Rücknahmefrist (§ 35 Abs. 3 StAG)	82
V. Verlust durch Erklärung (§ 29 StAG)	83
VI. Weitere Verlustgründe	83
1. Verzicht, Aufgabe (§ 26 StAG); Adoption (§ 27 StAG)	83
2. Eintritt in fremde Streitkräfte; Beteiligung an Kampfhandlungen terroristischer Vereinigungen (§ 28 StAG)	84
§ 3 Feststellung der Staatsangehörigkeit; Verfahren	85
A. Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit („Statusfeststellungsverfahren“; § 30 StAG)	86
B. Verwaltungsverfahren	88
I. Zuständigkeiten	88
1. Staatsangehörigkeitsbehörden	88
2. Weitere Behörden	89
II. Einbürgerungsverfahren	89
1. Allgemeines	89
2. Ausgewählte Verfahrensfragen zum Einbürgerungsverfahren	90
3. Einbürgerungszusicherung	92
4. Aushändigung der Einbürgerungsurkunde	93
III. Verwaltungskosten	93
IV. Staatsangehörigkeitsentscheidungsregister	94
C. Ausgewählte Rechtsschutzfragen	95
<b>2. Kapitel. Aufenthaltsrecht</b>	99
§ 4 Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen	99
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	99
I. Kein Recht auf Einreise	99
II. Grundrechtsbindung bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen	101
III. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	102
B. Unionsrechtliche Grundlagen	103
I. Freizügigkeit für Unionsbürger	103
II. Wegfall der Binnengrenzen, Grenzschutz und Kurzzeitvisa	104
1. Schengener Grenzkodex	104
2. Frontex-Verordnung	104
3. Visakodex	105
III. Regeln für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem	106
IV. Gemeinsame Einwanderungsregeln	106
1. Zuwanderung zur Erwerbstätigkeit	106
2. Studium	107
3. Familiennachzug	107
4. Langfristig Aufenthaltsberechtigte	108
5. Rückführung in Herkunftsstaat	108

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 5 Aufenthaltsgesetz	109
A. Einreise von Ausländern	114
I. Einreise in das Bundesgebiet	114
1. Einreisevoraussetzungen	114
2. Ausnahmen	114
a) Kurzaufenthalte	114
b) Kurzfristige Mobilität	115
c) Nationale Befreiungen	115
d) Türkische Staatsangehörige	116
3. Aufenthaltstitel	116
4. Visum	117
a) Schengen-Visum	117
b) Nationales Visum	119
5. Das Visum als zwingende Erteilungsvoraussetzung gemäß § 5 Abs. 2 AufenthG	120
II. Unerlaubte Einreise	121
1. Zurückweisung an der Grenze	122
2. Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer	122
III. Rechtsschutz	122
B. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel	125
I. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen gemäß § 5 AufenthG	125
1. Regelerteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG	125
a) Sicherung des Lebensunterhalts gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG	126
b) Klärung der Identität und der Staatsangehörigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG	128
c) Nichtbestehen eines Ausweisungsinteresses gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG	129
d) Keine Beeinträchtigung oder Gefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland aus einem sonstigen Grund gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG	130
e) Erfüllung der Passpflicht gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG	131
2. Grundsätzlich zwingende Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 2 AufenthG	132
3. Absehen von den Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 und 2 AufenthG gemäß § 5 Abs. 3 AufenthG	132
4. Grundsätzlich zwingender Versagungsgrund des § 5 Abs. 4 AufenthG	132
II. Visum gemäß § 6 AufenthG	133
III. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 AufenthG	133
1. Einordnung der Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Abs. 1 S. 1 AufenthG	133
2. Zweckbindung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 und 3 AufenthG	133
3. Befristung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 AufenthG	134
4. Nachträglich zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG	134
IV. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 AufenthG	135
1. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 AufenthG	135
2. Regelmäßiger Ausschluss der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 2 AufenthG	136

## Inhaltsverzeichnis

3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei bestehender Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs gemäß § 8 Abs. 3 und 4 AufenthG .....	136
a) Feststellung einer Verpflichtung aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG vor der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 AufenthG .....	136
b) Berücksichtigung einer Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 2 AufenthG .....	136
c) Regel- oder Ermessensablehnung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 3 bis 5 AufenthG bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG .....	137
d) Höchstbefristung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 6 AufenthG bis zur Erfüllung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG .....	137
e) Ausschluss des § 8 Abs. 3 AufenthG bei der Verlängerung einer nach § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 4 AufenthG .....	138
V. Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 9 AufenthG .....	138
VI. Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU gemäß den §§ 9a, 9b und 9c AufenthG .....	138
VII. Aufenthaltstitel bei Asylantrag gemäß § 10 AufenthG .....	138
1. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels vor dem bestandskräftigen Abschluss des Asylverfahrens gemäß § 10 Abs. 1 AufenthG .....	138
2. Verlängerung eines nach der Einreise des Ausländers erteilten oder verlängerten Aufenthaltstitels trotz Asylantragstellung gemäß § 10 Abs. 2 AufenthG .....	139
3. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels bei Ablehnung oder Rücknahme eines Asylantrages gemäß § 10 Abs. 3 AufenthG .....	139
a) Grundsätzliche eingeschränkte Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 AufenthG .....	139
b) Grundsätzliche Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 2 AufenthG .....	140
c) Keine Anwendung der Titelerteilungssperre des § 10 Abs. 3 S. 1 und 2 AufenthG gemäß § 10 Abs. 3 S. 3 AufenthG .....	140
VIII. Einreise- und Aufenthaltsverbote gemäß § 11 AufenthG .....	141
IX. Geltungsbereich und Nebenbestimmungen gemäß § 12 AufenthG .....	141
1. Territorialer Geltungsbereich des Aufenthaltstitels gemäß § 12 Abs. 1 AufenthG .....	141
2. Erteilung und Verlängerung des Visums und der Aufenthaltserlaubnis unter Bedingungen gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 AufenthG .....	142
3. Verbindung der Aufenthaltserlaubnis mit Auflagen gemäß § 12 Abs. 2 S. 2 AufenthG .....	142
4. Verlässenspflicht gemäß § 12 Abs. 3 AufenthG .....	143
5. Nachträglich zeitliche und/oder räumliche Beschränkung des genehmigungsfreien Aufenthalts gemäß § 12 Abs. 4 AufenthG .....	143
6. Verlässenserlaubnis gemäß § 12 Abs. 5 AufenthG .....	143
X. Wohnsitzregelung gemäß § 12a AufenthG .....	144

## Inhaltsverzeichnis

---

XI. Beantragung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 AufenthG .....	144
1. Antragserfordernis gemäß § 81 Abs. 1 AufenthG .....	144
2. Einholung des Aufenthaltstitels vom Inland aus gemäß § 81 Abs. 2 AufenthG .....	144
3. Antrag bei rechtmäßigem Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel gemäß § 81 Abs. 3 AufenthG .....	145
4. Antrag auf Verlängerung oder Neuerteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 Abs. 4 AufenthG .....	146
5. Ausstellung der Fiktionsbescheinigung gemäß § 81 Abs. 5 AufenthG .....	149
6. Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthalts-erlaubnis zum Familiennachzug zu einem Inhaber einer ICT-Karte oder einer Mobiler-ICT-Karte gemäß § 81 Abs. 6 AufenthG .....	150
XII. Rechtsschutz .....	150
1. Rechtsschutz bei Versagung der Erteilung, Neuerteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels .....	150
a) Rechtsschutz in der Hauptsache .....	150
b) Einstweiliger Rechtsschutz .....	151
2. Rechtsschutz bei Nebenbestimmungen .....	151
3. Rechtsschutz bei nachträglicher zeitlicher Beschränkung der Aufenthalts-erlaubnis oder des genehmigungsfreien Aufenthalts ..	152
C. Aufenthaltszwecke .....	152
I. Erwerbstätigkeit .....	152
1. Grundlagen .....	152
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vs. Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt .....	153
b) Nachfrageorientiertes Zuwanderungssystem .....	153
c) Vorrangprüfung (§ 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG) .....	154
d) Vergleichbarkeitsprüfung (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 bzw. Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) .....	154
e) Erwerbsmigration im Rahmen des AufenthG .....	155
2. Beschäftigung (§ 18 AufenthG) .....	155
a) Erfordernisse des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland (§ 18 Abs. 1 AufenthG) .....	155
b) Allgemeine Voraussetzungen für Beschäftigungsaufenthalte (§ 18 Abs. 2 und 3 AufenthG) .....	155
c) Erteilungsdauer (§ 18 Abs. 4 AufenthG) .....	156
3. Blaue Karte EU (§ 18b Abs. 2 AufenthG) .....	156
a) Blaue Karte in Grundzügen .....	157
b) Erteilungsvoraussetzungen .....	157
4. ICT Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer (§ 19 ff AufenthG) .....	158
a) Berechtigter Personenkreis: Führungskräfte, Spezialisten und Trainees .....	158
b) Entsendedauer .....	158
c) Mobilitätsschema (§§ 19a und 19b AufenthG) .....	159
5. Forschung (§ 18d ff AufenthG) .....	159
a) Berechtigter Personenkreis .....	159
b) Regelungstechnik .....	159
c) Mobilitätsschema (§§ 18e und 18f AufenthG) .....	159
6. Sonstige Beschäftigte und Beamte (§ 19c AufenthG) .....	160
7. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§§ 18c AufenthG) .....	160

## Inhaltsverzeichnis

8. Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitssuche für Fachkräfte (§ 20 AufenthG) .....	160
9. Selbständige Tätigkeit (§ 21 AufenthG) .....	161
a) Allgemeine Voraussetzungen .....	161
b) Privilegierung von Freiberuflern .....	161
c) Privilegierung von Hochschulabsolventen, Forschern und Wissenschaftlern .....	162
II. Ausbildung .....	162
1. Allgemeines .....	162
2. Berufliche Aus- und Weiterbildung .....	163
3. Studium .....	164
4. Sprachkurs und Schulbesuch .....	168
5. Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen .....	169
6. Rechtsschutz .....	171
III. Humanitäre Aufenthaltstitel .....	172
1. Aufnahme aus dem Ausland gemäß § 22 AufenthG .....	172
2. Aufenthaltsgewährung gemäß § 23 AufenthG .....	172
3. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen gemäß § 23a AufenthG .....	173
4. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz gemäß § 24 AufenthG .....	175
5. Aufenthalt aus humanitären Gründen gemäß § 25 AufenthG .....	176
a) Asylberechtigte (§ 25 Abs. 1 AufenthG) .....	176
b) Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 2 AufenthG) .....	176
c) Aufenthaltserlaubnis bei Abschiebungsverboten gemäß § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG (§ 25 Abs. 3 AufenthG) .....	177
d) Vorübergehender Aufenthalt aus dringenden humanitären und politischen Gründen (§ 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG) .....	178
e) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG) .....	179
f) Opfer von bestimmten Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§ 25 Abs. 4a AufenthG) .....	180
g) Illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer (§ 25 Abs. 4b AufenthG) .....	180
h) Aufenthaltserlaubnis bei rechtlicher und tatsächlicher Unmöglichkeit der Ausreise (§ 25 Abs. 5 AufenthG) .....	181
6. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden gemäß § 25a AufenthG .....	183
7. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG) .....	184
8. Dauer des Aufenthalts gemäß § 26 AufenthG .....	186
IV. Familiäre Aufenthaltstitel .....	188
1. Verfassungsrechtliche, völkerrechtliche und unionsrechtliche Maßstäbe für den Aufenthalt aus familiären Gründen .....	188
a) Verfassungsrecht .....	188
b) Völkerrecht .....	190
c) Unionsrecht .....	191
2. Grundsatz des Familiennachzugs gemäß § 27 AufenthG .....	191
3. Familiennachzug zu Ausländern gemäß § 29 ff. AufenthG .....	193
a) Familiennachzug zu Ausländern gemäß § 29 AufenthG .....	193
b) Ehegattennachzug gemäß §§ 30, 31 AufenthG .....	194
c) Kindernachzug gemäß §§ 32, 33, 34, 35 AufenthG .....	199

## Inhaltsverzeichnis

---

d) Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger gemäß § 36 AufenthG .....	205
e) Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gemäß § 36a AufenthG .....	206
4. Familiennachzug zu Deutschen gemäß § 28 AufenthG .....	209
a) Allgemeines .....	209
b) Ehegattennachzug .....	210
c) Kindernachzug .....	210
d) Elternnachzug .....	210
e) Regelanspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ..	211
f) Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ehegatten und Kindern ..	211
g) Anspruch der Eltern auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis .....	212
h) Sonstige Familienangehörige .....	212
5. §§ 104 bis 104b AufenthG .....	212
a) Übergangsregelungen gemäß § 104 AufenthG .....	212
b) Altfallregelung gemäß § 104a AufenthG .....	213
c) Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern gemäß § 104b AufenthG .....	214
<b>3. Kapitel. Aufenthaltsbeendigung</b> .....	215
§ 6 Beendigung des Aufenthaltsrechts .....	215
A. Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG) .....	216
I. Entstehen und Bedeutung der Ausreisepflicht .....	216
1. Nicht oder nicht mehr im Besitz eines Aufenthaltstitels .....	216
2. Erforderlichkeit eines Aufenthaltstitels .....	217
3. Bedeutung und Umfang der Ausreisepflicht .....	217
4. Zeitliche Dimension der Ausreisepflicht .....	218
II. Pflichten von und Umgang mit ausreisepflichtigen Ausländern .....	219
B. Erlöschen von Aufenthaltstiteln (§ 51 AufenthG) .....	220
I. Allgemeines zu den Erlöschensgründen .....	221
II. Die Erlöschensgründe aus § 51 Abs. 1 AufenthG .....	221
1. Ablauf der Geltungsdauer (§ 51 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) .....	221
2. Eintritt einer auflösenden Bedingung (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG) .....	221
3. Rücknahme und Widerruf (§ 51 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 AufenthG) .....	222
4. Ausweisung oder Abschiebungsanordnung (§ 51 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 5a AufenthG) .....	222
5. Ausreise (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG) .....	222
a) Zweck der Regelungen .....	222
b) Begriff der Ausreise in § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG .....	222
c) Ausreise aus nicht nur vorübergehendem Grund (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG) .....	223
d) Ausreise und keine Wiedereinreise in der Sechs-Monats-Frist (§ 51 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG) .....	224
6. Asylantrag bei humanitärem Aufenthaltstitel (§ 51 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG) .....	225
III. Privilegierungen und Ausnahmen .....	225
1. Inhaber einer ICT-Karte nach § 19 AufenthG und bestimmter Aufenthaltstitel zu Studien- und Forschungszwecken (§ 51 Abs. 1a AufenthG) .....	225

## Inhaltsverzeichnis

2. Inhaber einer Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 2 und Abs. 4 AufenthG) .....	225
3. Abweichung von § 51 Abs. 1 Nr. 6 und 7 AufenthG ohne Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 3, Abs. 4 Abs. 7 und Abs. 10 AufenthG) .....	226
IV. Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU .....	227
C. Widerruf (§ 52 AufenthG) .....	228
I. Widerrufstatbestände und auf sie bezogene Fragen der Ermessensausübung .....	228
II. Rechtsfolge Ermessen – grundsätzliche Erwägungen .....	229
III. Rechtsschutz .....	230
§ 7 Aufenthaltsbeendigung durch Ausweisung .....	230
A. Maßstäbe für eine Ausweisung (§ 53 AufenthG) .....	233
I. Entwicklung des Ausweisungsrechts .....	233
II. Systematik des Ausweisungsrechts .....	234
III. Das öffentliche Ausweisungsinteresse .....	234
1. Gefahrenabwehr als Ziel der Ausweisung .....	235
a) Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung .....	235
b) Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung .....	236
c) Gefährdung sonstiger erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland .....	236
2. Spezialpräventive und generalpräventive Gründe der Ausweisung .....	237
IV. Das Bleibeinteresse .....	240
V. Abwägung nach Verhältnismäßigkeit .....	242
VI. Besonders geschützte Personengruppen .....	243
1. Assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige .....	245
2. Langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige .....	246
3. Flüchtlinge und Asylberechtigte .....	246
4. Subsidiär Schutzberechtigte .....	249
5. Unionsrechtlich geprägte Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	250
VII. Asylantragsteller .....	250
VIII. Prüfprogramm .....	251
B. Das öffentliche Ausweisungsinteresse .....	251
I. Allgemeines .....	251
II. Das besonders schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 1 AufenthG) .....	252
1. Freiheits- oder Jugendstrafen von mindestens zwei Jahren wegen Vorsatzdelikten oder Sicherungsverwahrung (Abs. 1 Nr. 1) .....	252
2. Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr bei bestimmten Vorsatzdelikten (Abs. 1 Nr. 1a und Nr. 1b) .....	253
3. Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (Abs. 1 Nr. 2) ..	255
4. Leiter eines verbotenen Vereins (Abs. 1 Nr. 3) .....	258
5. Gewaltsame Verfolgung politischer Ziele (Abs. 1 Nr. 4) .....	258
6. Aufruf zum Hass (Abs. 1 Nr. 5) .....	259
III. Das schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 2 AufenthG) .....	260
1. Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten (Abs. 2 Nr. 1) .....	260
2. Jugendstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung (Abs. 2 Nr. 2) .....	261
3. Betäubungsmittelkriminalität (Abs. 2 Nr. 3 und 4) .....	261
4. Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben (Abs. 2 Nr. 5) .....	261
5. Zwangshe (Abs. 2 Nr. 6) .....	261

## Inhaltsverzeichnis

---

6. Falschangaben bei Sicherheitsbefragungen (Abs. 2 Nr. 7) . . . . .	262
7. Pflichtverletzungen im Verwaltungsverfahren (Abs. 2 Nr. 8) . . . . .	263
8. Sonstige Rechtsverstöße (Abs. 2 Nr. 9) . . . . .	264
C. Das Bleibeinteresse des Ausländers . . . . .	265
I. Allgemeines . . . . .	265
II. Das besonders schwerwiegende Bleibeinteresse (§ 55 Abs. 1 AufenthG) . . . . .	265
1. Niederlassungserlaubnis und rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1) . . . . .	265
2. „Faktische Inländer“ (Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	266
3. Aufenthaltserlaubnis, rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt und eheliche/lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft mit Personen nach Nr. 1 oder Nr. 2 (Abs. 1 Nr. 3) . . . . .	266
4. Familiäre Beziehungen zu einem deutschen Staatsangehörigen (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	266
5. Humanitäre Gründe (Abs. 1 Nr. 5) . . . . .	268
III. Das schwerwiegende Bleibeinteresse (Abs. 2) . . . . .	268
1. Minderjähriger mit Aufenthaltserlaubnis (Abs. 2 Nr. 1) . . . . .	268
2. Aufenthaltserlaubnis und fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 2 Nr. 2) . . . . .	269
3. Ausübung der Personensorge oder Umgangsrecht (Abs. 2 Nr. 3) . . . . .	269
4. Minderjähriger mit sich rechtmäßig aufhaltigen Eltern (Abs. 2 Nr. 4) . . . . .	269
5. Belange oder das Wohl des Kindes zu berücksichtigten (Abs. 2 Nr. 5) . . . . .	270
D. Die Rechtsfolgen der Ausweisung . . . . .	270
E. Das Einreise- und Aufenthaltsverbot infolge einer Ausweisung . . . . .	271
I. Allgemeines . . . . .	271
II. Ausgestaltung und Wirkungen des Einreise- und Aufenthaltsverbots . . . . .	272
1. Erlassvoraussetzungen . . . . .	272
2. Die Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots . . . . .	272
3. Fristbeginn und Ausgestaltung der Frist . . . . .	275
4. Nachträgliche Abänderung der Frist und die Aufhebung des Einreise- und Aufenthaltsverbots . . . . .	276
III. Zuständigkeitsfragen . . . . .	277
IV. Einreise trotz entgegenstehendem Verbot . . . . .	277
F. Rechtsschutz gegen die Ausweisung und das Einreise- und Aufenthaltsverbot . . . . .	278
I. Hauptsacheverfahren . . . . .	278
1. Klageart und -gegenstand . . . . .	278
2. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen die Ausweisung . . . . .	278
3. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen das Einreise- und Aufenthaltsverbot . . . . .	278
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage . . . . .	279
5. Ermessensergänzungen beim befristeten Einreise- und Aufenthaltsverbot . . . . .	279
6. Beteiligung von Familienangehörigen . . . . .	280
II. Eilrechtsschutz . . . . .	280
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen sofort vollziehbare Ausweisung . . . . .	281
a) Gesonderte Begründung des Sofortvollzugs . . . . .	281
b) Materieller Prüfungsmaßstab . . . . .	282

2. Vorläufiger Rechtsschutz bei Versagung eines Aufenthaltstitels und gleichzeitiger Ausweisung .....	283
3. Vorläufiger Rechtsschutz gegen das befristete Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	283
G. Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit (§ 56 f. AufenthG) .....	283
I. Überwachungsregelungen kraft Gesetzes .....	284
1. Meldepflicht (§ 56 Abs. 1 S. 1 AufenthG) .....	284
2. Aufenthaltsbeschränkung (§ 56 Abs. 2 AufenthG) .....	285
II. Überwachungsregelungen aufgrund behördlicher Einzelfallentscheidung .....	286
1. Meldeauflagen gegen vollziehbar Ausreisepflichtige .....	286
2. Wohnsitzauflagen .....	287
3. Kontakt- und Kommunikationsverbote .....	288
4. Elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	290
5. Sanktionsmöglichkeiten .....	290
<b>4. Kapitel. Vollstreckung der Ausreisepflicht</b> .....	<b>291</b>
§ 8 Vollstreckung mittels Abschiebung und Zurückschiebung .....	291
A. Allgemeines .....	292
B. Zurückschiebung (§ 57 AufenthG) .....	292
I. Rechtsnatur .....	292
II. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 1 AufenthG .....	293
III. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 2 AufenthG .....	294
C. Abschiebung (§§ 58 ff. AufenthG) .....	295
I. Rechtsnatur der Abschiebung .....	295
II. Abschiebungsvoraussetzungen .....	296
1. Vollziehbare Ausreisepflicht .....	297
2. Vorliegen eines Abschiebungsgrundes .....	298
3. Abschiebungsandrohung nach § 59 Abs. 1 AufenthG .....	299
III. Keine Abschiebungsverbote und -hindernisse .....	301
1. Schutzbegehren des Betroffenen .....	301
2. Wirkungen einer unanfechtbaren Abschiebungsandrohung .....	302
IV. Der Vollzug der Abschiebung .....	303
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Vollstreckung .....	303
2. Abschiebung unbegleiteter Minderjähriger .....	303
3. Freiheitsbeschränkungen während der Abschiebung .....	304
4. Betreten von Wohnungen zur Ermöglichung der Abschiebung ..	305
5. Abschiebung auf dem Luftweg .....	305
V. Rechtsfolgen der Abschiebung – das Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	306
1. Die Entwicklung der Regelung .....	306
2. Dauer des Einreiseverbots .....	307
3. Einreise- und Aufenthaltsverbot außerhalb des Anwendungsbereichs der Rückführungs-RL .....	307
VI. Rechtsschutz .....	308
1. Rechtsschutz gegen die Abschiebungsandrohung und die Ausreisefrist .....	308
a) Klageverfahren .....	308
b) Vorläufiger Rechtsschutz .....	310
2. Rechtsschutz gegen die Abschiebung selbst .....	310
a) Vorläufiger Rechtsschutz .....	310
b) Klageverfahren .....	311

## Inhaltsverzeichnis

---

3. Rechtsschutz gegen das Einreiseverbot .....	311
4. Rückgängigmachung der Folgen der Abschiebung .....	311
a) Klageverfahren .....	311
b) Vorläufiger Rechtsschutz .....	312
D. Die Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG) .....	312
I. Allgemeines .....	312
II. Gefahrenbegriffe und -intensität .....	313
1. Besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland .....	313
2. Terroristische Gefahr .....	314
3. Eintrittswahrscheinlichkeit .....	315
III. Abschiebungsverbote .....	317
IV. Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	317
V. Verfahren und Rechtsschutz .....	317
1. Anhörung .....	317
2. Rechtsschutz .....	318
§ 9 Vollstreckung mittels Abschiebungshaft .....	319
A. Rechtliche Grundlagen .....	320
B. Materielle Voraussetzungen .....	321
I. Freiheitsentziehung .....	321
II. Voraussetzungen der Abschiebungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG) ...	322
1. Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 AufenthG) .....	322
a) Täuschungshandlung (§ 62 Abs. 3a Nr. 1 AufenthG) .....	322
b) Unentschuldigtes Fernbleiben bei behördlichen oder ärztlichen Terminen (§ 62 Abs. 3a Nr. 2 AufenthG) .....	322
c) Unangemeldeter Wechsel des Aufenthaltsortes (§ 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG) .....	323
d) Aufenthalt entgegen § 11 Abs. 1, Abs. 8 AufenthG (§ 62 Abs. 3a Nr. 4 AufenthG) .....	323
e) Entziehung bei früherer Abschiebung (§ 62 Abs. 3a Nr. 5 AufenthG) .....	323
f) Ausdrückliche Erklärung des Ausländers (§ 62 Abs. 3a Nr. 6 AufenthG) .....	323
g) Identitätstäuschung (§ 62 Abs. 3b Nr. 1 AufenthG) .....	324
h) Erhebliche finanzielle Aufwendungen (§ 62 Abs. 3b Nr. 2 AufenthG) .....	324
i) Gefährdung der inneren Sicherheit (§ 62 Abs. 3b Nr. 3 AufenthG) .....	324
j) Strafrechtliche Verurteilung (§ 62 Abs. 3b Nr. 4 AufenthG) ..	324
k) Fehlende Mitwirkungshandlungen bei Identitätsfeststellung (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG) .....	325
l) Verstoß gegen Pflichten im Zusammenhang mit der Aufenthaltsbeendigung (§ 62 Abs. 3b Nr. 6 AufenthG) .....	325
m) Fehlender Aufenthaltsort (§ 62 Abs. 3b Nr. 7 AufenthG) .....	325
2. Vollziehbare Ausreisepflicht aufgrund unerlaubter Einreise (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 AufenthG) .....	325
3. Haftgrund der Abschiebungsanordnung (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AufenthG) .....	326
III. Voraussetzungen des Ausreisegewahrsams (§ 62b AufenthG) .....	326
IV. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG) .....	327
V. Mitwirkungshaft (§ 62 Abs. 6 AufenthG) .....	327
VI. Rücküberstellungshaft .....	328

## Inhaltsverzeichnis

VII. Voraussetzungen des Festhalterrechts der Behörde (§ 58 Abs. 4 S. 1 AufenthG) .....	328
VIII. Verhältnismäßigkeit .....	329
1. Allgemeine Grundsätze .....	329
2. Prognose nach § 62 Abs. 3 S. 3 AufenthG .....	329
3. Sonstige im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu beachtende Umstände .....	331
4. Art und Weise der Haftunterbringung .....	332
IX. Beschleunigungsgebot .....	333
C. Verfahrensrecht .....	334
I. Zulässiger Haftantrag (§ 417 FamFG) .....	334
1. Zuständigkeit der Behörde (§ 417 Abs. 1 FamFG) .....	334
2. Begründungsinhalt des Haftantrags (§ 417 Abs. 2 S. 1 FamFG) ..	335
3. Beziehung der Ausländerakte .....	337
4. Weitere formelle Erfordernisse .....	338
5. Pflicht zur Anhörung .....	338
6. Umfang der richterlichen Kontrolle und Belehrungspflichten ...	340
7. Heilung von Verfahrensfehlern .....	341
II. Verlängerung der Abschiebungshaft .....	342
III. Rechtsmittel .....	342
IV. Verfahrenskostenhilfe .....	343
D. Folgen einer unbegründeten Haftanordnung .....	343
E. Prüfungsschema für einen Haftantrag .....	343
§ 10 Duldung, Beschränkung, Haftung .....	344
A. Die Aussetzung der Abschiebung (Duldung) .....	346
I. Allgemeines .....	347
II. Aussetzung der Abschiebung für bestimmte Personengruppen (§ 60a Abs. 1 AufenthG) .....	347
III. Rechtliche oder tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung (§ 60a Abs. 2 S. 1 und 2 AufenthG) .....	348
1. Die rechtliche Unmöglichkeit der Abschiebung .....	348
a) Unterscheidung zwischen inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen und zielstaatsbezogenen Abschiebungsverboten .....	348
b) Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse .....	349
2. Die tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung .....	357
IV. Duldung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen und aus erheblichen öffentlichen Interessen (§ 60a Abs. 2 S. 3 und 4 AufenthG) .....	358
1. Ermessensduldung (Abs. 2 S. 3) .....	358
2. Vaterschaftsanerkennung (Abs. 2 S. 4) .....	359
V. Aussetzung der Abschiebung nach gescheiterter Abschiebung (§ 60a Abs. 2a AufenthG) .....	359
VI. Eltern gut integrierter Jugendlicher (§ 60a Abs. 2b AufenthG) .....	359
VII. Erlöschen der Duldung (§ 60a Abs. 5 AufenthG) .....	360
VIII. Ausschluss von der Erwerbstätigkeit (§ 60a Abs. 6 AufenthG) .....	361
IX. Duldung für Personen mit ungeklärter Identität und besondere Passbeschaffungspflichten (§ 60b AufenthG) .....	363
1. Nebenbestimmung „für Personen mit ungeklärter Identität“ (Abs. 1) .....	363
2. Besondere Passbeschaffungspflichten“ (Abs. 2 und 3) .....	364
3. Rechtsfolgen und Nachholung von Handlungen (Abs. 5 und Abs. 4) .....	365

## Inhaltsverzeichnis

---

4. Rechtsschutzfragen (insb. Abs. 6) .....	366
5. Ausschluss der Anwendung von § 60b AufenthG (§ 105 AufenthG) .....	366
X. Die Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG) .....	367
1. Begriff der Berufsausbildung .....	367
2. Berufsausbildung als Asylbewerber aufgenommen (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	368
3. Berufsausbildung wird mit Duldung aufgenommen (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) .....	368
4. Beschäftigungserlaubnis .....	368
5. Versagungsgründe .....	369
6. Erlöschen und seine Folgen (Abs. 4 bis 6) .....	370
7. Ausbildungsduldung nach Ermessen (Abs. 7) .....	371
XI. Die Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG) .....	371
1. Familienrelevante Erteilungsvoraussetzungen .....	371
2. Persönliche Erteilungsvoraussetzungen .....	372
3. Rechtsfolge „Regelerteilung“ (Abs. 1) und „Ermessen (Abs. 4) .....	373
4. Widerruf (Abs. 3) .....	373
B. Räumliche und andere Beschränkungen gegenüber vollziehbar Ausreisepflichtigen (§ 61 AufenthG) .....	373
I. Allgemeines .....	373
II. Räumliche Beschränkung des Aufenthalts .....	374
1. Räumliche Beschränkungen kraft Gesetzes .....	374
2. Beschränkungen kraft behördlicher Anordnung .....	376
3. Wohnsitzauflage (Abs. 1d) .....	377
III. Andere Bedingungen und Auflagen (§ 61 Abs. 1e und 1f AufenthG) .....	377
IV. Ausreiseeinrichtungen (Abs. 2) .....	378
C. Ausländerrechtliche Haftung Dritter (§§ 63 bis 68 AufenthG) .....	378
I. Pflichten der Beförderungsunternehmer (§§ 63, 64 AufenthG) .....	378
1. Völkerrechtliche und europarechtliche Vorgaben .....	378
2. Verfassungsrecht .....	379
3. Beförderungsunternehmer und Beförderungsleistung .....	380
4. Inhalt des Beförderungsverbots .....	380
5. Rückbeförderungspflicht .....	382
II. Pflichten des Flughafenunternehmers (§ 65 AufenthG) .....	382
III. Kosten der Abschiebung (§§ 66, 67 AufenthG) .....	383
1. Kostenschuldner .....	384
2. Umfang der Kostenhaftung (§ 67 AufenthG) .....	385
3. Kostenhaftung bei selbständig in Rechte des Ausländers eingreifenden Amtshandlungen .....	385
4. Kostenhaftung bei sonstigen Amtshandlungen .....	386
5. Durchsetzung der Kostenansprüche .....	387
IV. Verpflichtungserklärung (§§ 68, 68a AufenthG) .....	388
1. Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	388
2. Wirksamkeit der Verpflichtungserklärung .....	389
3. Inhalt und Umfang der Haftung .....	389
4. Zeitliche Grenzen der Haftung .....	390
5. Nachträgliche Lösung von der Verpflichtungserklärung .....	391
6. Geltendmachung des Erstattungsanspruchs .....	392

<b>5. Kapitel. Freizügigkeit in der Europäischen Union</b> .....	395
§ 11 Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger .....	395
A. Einleitung .....	395
B. Die europarechtlichen Grundlagen der Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit .....	400
I. Die Normenhierarchie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten .....	400
II. Die Grundlagen von Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit .....	401
III. Die Umsetzung in der primärrechtlichen Freizügigkeitsregelungen in der Freizügigkeits-VO (EU) 492/2011 sowie der Freizügigkeits-RL 2004/38/EG .....	402
C. Die Umsetzung von EUV, AEUV und Freizügigkeits-RL durch das FreizügG/EU .....	404
I. Die Freizügigkeitsberechtigten nach dem FreizügG/EU .....	404
1. Die Freizügigkeitsberechtigung der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen .....	404
2. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich zur Arbeitssuche aufhalten .....	408
3. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit berechtigt sind ..	413
4. Die Freizügigkeit der Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen .....	414
5. Die Freizügigkeit nicht erwerbstätiger Unionsbürgerinnen und -bürger .....	417
6. Die Freizügigkeit der Familienangehörigen der Unionsbürgerinnen und -bürger .....	421
7. Die Freizügigkeit der Daueraufenthaltsberechtigten .....	431
II. Aufenthaltstitel, Visum, Aufenthaltskarte .....	436
III. Beschränkungen und Verlust des Freizügigkeitsrechts .....	439
IV. Zuständigkeitsfragen .....	449
V. Sonderfragen zu EWR- und Beitrittsstaaten .....	452
D. Rechtsschutz .....	452
§ 12 Assoziationsabkommen .....	454
A. Assoziationsabkommen mit der Türkei (ARB 1/80) .....	455
I. Sonderrechte für türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen .....	455
1. Entstehung .....	455
2. Mögliche Beendigung der Assoziation .....	457
3. Das Verhältnis zwischen Art. 6 und 7 ARB 1/80 .....	458
4. Europarechtliche Einordnung des Assoziationsrechts .....	458
II. Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer .....	459
1. Begriff des Arbeitnehmers .....	459
2. Ordnungsgemäße Beschäftigung am regulären Arbeitsmarkt .....	462
a) Regulärer Arbeitsmarkt .....	462
b) Bedeutung des Grunds für den Zuzug .....	463
c) Befristete Aufnahme .....	463
d) Grenzüberschreitende Sachverhalte .....	463
e) Ordnungsgemäße Beschäftigung .....	465
f) Öffentlicher Dienst .....	465
3. Gestufte Zulassung zum Arbeitsmarkt .....	466
a) Drei Stufen der Freizügigkeit .....	466
b) Regel und Ausnahme .....	467

## Inhaltsverzeichnis

---

4. Unterbrechungen der Beschäftigung	467
a) Kurzfristige Unterbrechungen	467
b) Längerfristige Unterbrechungen der Beschäftigung	469
III. Nachgezogene Familienangehörige	471
1. Begünstigter Personenkreis	471
a) Stammberechtigte	471
b) Genehmigter Familiennachzug	472
c) Familienangehörige	473
d) Ordnungsgemäßer Wohnsitz	473
e) Vorrang der Unionsbürger	475
f) Arbeitsuche	475
2. Aufenthaltsrecht aufgrund Ausbildung	475
a) Begünstigter Personenkreis	475
b) Berufsausbildung	476
c) Inhalt und Grenzen der Bewerbungsfreiheit	477
3. Deklaratorischer Charakter der Aufenthaltserlaubnis	477
IV. Diskriminierungsverbot	477
V. Stillhalteklauseln	478
1. Begünstigte	478
2. Standstill und Familiennachzug	480
a) Ehegattennachzug	480
b) Familiennachzug und Diskriminierungsverbot	481
c) Familiennachzug und Visumszwang	482
d) Verschärfung im Ehegattennachzug durch Spracherfordernis	483
e) Verschärfungen gegenüber Abkömmlingen	483
f) Weitere Begünstigungen durch Standstill	485
3. Schranken der Standstill-Wirkung	486
a) Ausweisung nach Altrecht?	486
b) Verfahrensrechtlicher Standstill	488
c) Aufenthaltsverfestigung	489
VI. Rechtsverlust und Ausweisungsschutz	489
1. Rechtsverlust	489
2. Auslandsaufenthalte	490
3. Aufenthaltsbeendigung	491
VII. Völkerrechtliche Verpflichtungen	492
1. Deutsch-Türkisches Niederlassungsabkommen – NAK	492
2. Europäisches Fürsorgeabkommen – EFA	493
3. Deutsch-türkischer Handelsvertrag	493
4. Europäisches Niederlassungsabkommen	494
B. Sonstige Assoziationsabkommen	495
I. Allgemeines	495
II. Unmittelbare Anwendbarkeit und Visumszwang	496
III. Aufenthaltsrechtliche Regelungsgegenstände	497
1. Niederlassungsfreiheit	497
a) Beschränkungen	497
b) Schlüsselpersonal	498
c) Gleichbehandlungsgebote und Meistbegünstigung	499
d) Stillhalteklauseln	499
e) Dienstleistungen	500
f) Bereichsausnahmen	500
2. Einzelne Länder	500
a) Andenstaaten	500

## Inhaltsverzeichnis

b) Assoziationsabkommen mit Zentralamerika .....	501
c) Postsowjetische Staaten .....	501
d) Staaten des Westlichen Balkan .....	502
e) AKP-Staaten .....	504
f) Fernöstliche Staaten .....	504
3. Touristische Reisen .....	504
4. Rechte von Arbeitnehmern .....	504
a) Arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbote .....	504
b) Gebührenrecht .....	509
c) Arbeitsrechtliche Folgen .....	509
d) Diskriminierungsverbot und Aufenthaltsrecht .....	514
e) Familienangehörige .....	515
5. Sozialrechtliche Diskriminierungsverbote .....	515
<b>6. Kapitel. Arbeitsmigration .....</b>	<b>519</b>
§ 13 Einführung .....	519
A. Globalisierung und internationales Personalmanagement .....	519
B. Entwicklung des deutschen Arbeitsmigrationsrechts .....	520
C. Verschiedene Zuwanderungskonzepte .....	521
I. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: Angebot versus Nachfrage .....	522
II. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: kumulative Punkte versus lineare Rechtsfolge .....	522
III. Änderungen und Neuerungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz .....	523
1. Grundsätze .....	523
2. Weiterer Ausbau der Blauen Karte EU .....	524
§ 14 Unionsrecht .....	524
A. Primäres EU-Recht .....	524
I. Unionsbürgerschaft .....	524
II. Dienstleistungsfreiheit .....	525
B. Sekundäres EU-Recht .....	526
C. BREXIT .....	526
§ 15 Nationales Erwerbsmigrationsrecht .....	526
A. Beschäftigung .....	527
I. Prüfungsmaßstab der Bundesagentur für Arbeit .....	527
1. Vergleichbarkeitsprüfung .....	528
2. Vorrangprüfung .....	529
II. Kategorienbasiertes Beschäftigungsrecht .....	529
1. Lokale Beschäftigungen .....	530
a) Fachkräfte mit Berufsausbildung .....	530
b) Fachkräfte mit akademischer Ausbildung .....	531
c) Forscher und Entwickler .....	533
d) Sonstige Beschäftigte nach BeschV .....	536
2. Entsendungen .....	538
a) ICT .....	539
b) Personalaustausch und Auslandsprojekte .....	542
3. Sonstige Beschäftigte: Beschäftigung bestimmter Staatsangehöriger .....	544
a) Einleitung .....	544
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen .....	545
B. Nichtbeschäftigungsfiktion .....	545
I. Einführung .....	545

## Inhaltsverzeichnis

---

II. Befreiungstatbestände .....	546
1. Geschäftsreise im engeren Sinn .....	546
2. Innerbetriebliche Weiterbildung im Konzern .....	547
3. Werklieferungsverträge-Software- und Maschineninstallation .....	547
C. Verfahrensbesonderheit: Das beschleunigte Fachkräfteverfahren .....	548
I. Einführung .....	548
II. Verfahrensablauf .....	549
1. Antragstellung .....	549
2. Zuständigkeit .....	550
3. Kontrahierungspflicht .....	551
4. Verbindliche Vereinbarung .....	551
5. Vereinbarungsinhalt .....	551
6. Aufgaben der Ausländerbehörde .....	552
7. Fristen .....	553
8. Gebühr .....	553
<b>7. Kapitel. Asyl- und Asylverfahrensrecht .....</b>	<b>555</b>
§ 16 Grundlagen und Grundbegriffe des Asylrechts .....	555
A. Entwicklung des Asylrechts .....	555
B. Formen der Schutzgewährung .....	558
C. Grundbegriffe des Asylrechts .....	559
§ 17 Völkerrecht .....	564
A. Genfer Flüchtlingskonvention .....	564
B. Europäische Menschenrechtskonvention .....	567
I. Art. 3 EMRK .....	569
II. Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls .....	571
III. Art. 13 EMRK .....	572
§ 18 Unionsrecht .....	573
A. EU-Politik im Asylbereich .....	574
I. Entstehung und Entwicklung einer (gemeinsamen) europäischen Asylpolitik .....	574
II. Die sekundären Rechtsinstrumente der europäischen Asylpolitik ..	577
III. Gesetzentwürfe zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) .....	581
B. Dublin-Verordnung .....	582
I. Dublin III-Verordnung .....	583
1. Historische Entwicklung .....	583
2. Aufbau des Dublin-Systems .....	584
3. Territorialer Anwendungsbereich .....	585
4. Sachlicher Anwendungsbereich .....	586
II. Ablauf des Dublin-Verfahrens .....	587
1. Beginn des Dublin-Verfahrens .....	587
2. Recht auf Information und persönliches Gespräch .....	588
a) Recht auf Information .....	588
b) Persönliches Gespräch .....	588
III. Zuständigkeitsbestimmung .....	590
1. Kriterienkatalog und maßgeblicher Zeitpunkt .....	590
2. Zuständigkeitskriterien der Dublin-Verordnung .....	590
3. Erlöschen der Zuständigkeit gemäß Art. 19 Dublin-Verordnung ..	591
IV. Kriterien zu Wahrung der Familieneinheit .....	592
1. Verfahrensgarantien für Minderjährige .....	593
2. Familienangehörige .....	595

## Inhaltsverzeichnis

V. Kriterien aufgrund der Verantwortlichkeit für Einreise und Aufenthalt	596
1. Aufenthaltstitel und Visum	596
2. „Illegale“ Einreise und illegaler Aufenthalt	597
3. Visafreie Einreise und Antrag im Transitbereich eines internationalen Flughafens	599
VI. Ausnahmen von der Anwendung der Kriterien	599
1. Abhängige Personen	599
2. Überstellungsverbote nach Art. 4 GRCh	601
3. Selbsteintrittsrecht	606
4. Humanitäre Klausel	608
VII. Verfahrensablauf	610
1. Aufnahme- und Wiederaufnahmeverfahren	610
2. Antragsfristen und Zuständigkeitsübergang	611
3. Antwortfristen und mögliche Konsequenzen	612
VIII. Verpflichtungen der Asylsuchenden	614
1. (Keine) Verpflichtung, einen Antrag in einem bestimmten Staat zu stellen	614
2. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Fingerabdrücke abzunehmen	614
3. Mitwirkung bei der Zuständigkeitsbestimmung im Rahmen des persönlichen Gesprächs	615
4. Die Verpflichtung der Überstellungsentscheidung nachzukommen	616
IX. Bescheid, Zustellung und Überstellung	616
1. Bescheid	616
2. Zustellung	617
3. Überstellung	618
4. Überstellungsfrist	620
X. Rechtsschutz nach der Dublin III-Verordnung	623
1. Formeller Umfang des Beschwerderechts	624
2. Aufschiebende Wirkung	625
3. Zugang zu rechtlicher Beratung und sprachlicher Hilfe	626
4. Materieller Prüfumfang und Vorlage beim EuGH	627
§ 19 Nationales Asyl- und Asylverfahrensrecht	628
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	629
B. Das Asylgesetz und das Aufenthaltsgesetz	632
I. Materielles Asylrecht	632
1. Die Asylberechtigung	632
a) Voraussetzungen	633
b) Einschränkungen	635
c) Rechtsstellung des Asylberechtigten	637
2. Die Flüchtlingseigenschaft	637
a) Voraussetzungen	638
b) Rechtsstellung des Flüchtlings	682
3. Der subsidiäre Schutz	682
a) Voraussetzungen	683
b) Rechtsstellung des subsidiär Schutzberechtigten	697
4. Nationale Abschiebungsverbote	697
a) § 60 Abs. 2 AufenthG	697
b) § 60 Abs. 5 AufenthG	698
c) § 60 Abs. 7 AufenthG	699
d) Rechtsstellung	702

## Inhaltsverzeichnis

---

5. Widerruf und Rücknahme der erworbenen Rechtsstellung	702
a) Widerruf von Asyl- und Flüchtlingsanerkennung	703
b) Widerruf der anderen Rechtsstellungen	705
c) Rücknahme der Rechtsstellungen	705
II. Asylverfahrensrecht	706
1. Behördliches Asylverfahren	706
a) Grundlagen des behördlichen Asylverfahrens	706
b) Die Stellung des Asylantrags	710
c) Aufenthaltsrechtliche Folgen der Asylantragstellung	715
d) Das behördliche Erkenntnisverfahren	718
e) Regelungen über die Verfahrensdauer und Verfahrensbeschleunigung	723
f) Pflichten des Antragstellers im Asylverfahren	724
g) Rücknahme des Asylantrags und Verzicht (§ 14a Abs. 3 AsylG)	728
h) Die Rücknahmefiktion bei Nichtbetreiben des Verfahrens (§ 33 AsylG)	729
i) Unzulässige Asylanträge (§ 29 AsylG)	732
j) Die Entscheidung des Bundesamts über zulässige Asylanträge	738
k) Der Bundesamtsbescheid	740
l) Das Verfahren bei Widerruf und Rücknahme	742
m) Das Folgeverfahren (§ 71 AsylG)	745
n) Das Flughafenverfahren (§ 18a AsylG)	747
o) Besondere Verfahrensgarantien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	748
2. Gerichtliches Verfahren	750
a) Einführung	750
b) Das erstinstanzliche Klageverfahren	751
c) Berufungsverfahren	798
d) Eilrechtsschutz im Asylprozess	810
III. Rechtsstellung der Asylantragsteller	820
1. Einleitung	820
a) Übersicht	820
b) Die jüngsten Gesetzesänderungen	820
c) Bleibeperspektive und soziale Rechte für Asylsuchende	821
2. Gestatteter Aufenthalt in der Bundesrepublik	822
3. Wohnen und Mobilität	823
4. Soziale Leistungen	823
a) Grundlagen	823
b) Leistungen während der Wohnpflicht in der Aufnahmeeinrichtung	824
c) Leistungen bei Antragstellern in Gemeinschafts- oder privater Unterkunft	824
d) „Analogleistungen“ nach Ablauf von 18 Monaten	824
e) Leistungskürzungen für Asylantragsteller (§ 1a Abs. 4 und 5 AsylbLG)	825
f) Medizinische Leistungen	825
5. Erwerbstätigkeit, Berufsausbildung, Studium und andere Lebenssituationen	826
<b>8. Kapitel. Spätaussiedler</b>	829
§ 20 Recht der Spätaussiedler	829
A. Grundlagen	829
I. Begriffsklärung	829

## Inhaltsverzeichnis

II. Historische Entwicklung	831
1. 1945 bis 1952	831
2. 1953 bis 1968	831
3. 1969 bis 1986	832
4. 1987 bis 1992	832
5. 1993 bis 2012	832
6. 2013 – heute	833
B. Der Erwerb des Spätaussiedlerstatus	833
I. Deutsche Volkszugehörigkeit	834
1. Abstammung von einem Deutschen	835
2. Bekenntnis zum deutschen Volkstum	836
a) Nationalitätenerklärung	836
b) Bekenntnisurrogat	837
c) Bekenntnis auf andere Weise	837
d) Bekenntnisfiktion	838
3. Bestätigung des Bekenntnisses	838
II. Einreise im Wege des Aufnahmeverfahrens	839
1. Verlassen des Aussiedlungsgebiets	840
2. Im Wege des Aufnahmeverfahrens	840
a) Verfahren vom Aussiedlungsgebiet aus	840
b) Ausnahme in Härtefällen	840
c) Folgeantrag	842
III. Begründung des ständigen Aufenthalts in Deutschland	842
IV. Fehlen von Ausschlussgründen	842
C. Die Aufnahme von Familienangehörigen durch Einbeziehung	842
I. Einbeziehungsantrag des Spätaussiedlers	843
II. Ehegatte des Spätaussiedlers	843
III. Abkömmling des Spätaussiedlers	843
IV. Im Aussiedlungsgebiet leben	844
V. Gemeinsame Aussiedlung	844
VI. Nachträgliche Einbeziehung, wenn im Aussiedlungsgebiet verblieben	844
VII. Nachträgliche Einbeziehung im Härtefall	844
VIII. Grundkenntnisse der deutschen Sprache	845
IX. Fehlen eines Ausschlussgrundes	845
D. Die Bescheinigung der Spätaussiedlereigenschaft	845
E. Rechtsstellung des Spätaussiedlers und seiner Angehörigen	846
F. Rechtsschutz	847
<b>9. Kapitel. Integrationsrecht</b>	<b>849</b>
§ 21 Grundlagen	849
A. Zum Begriff Integration	850
B. Foren der Integrationspolitik	854
C. Integrationsrechtliche Vorgaben auf der Ebene der EU	856
D. Differenzierung nach Status – ein Blick auf ausgewählte Zahlen	858
I. Unbefristete Aufenthaltstitel bzw. Aufenthaltsrechte	859
II. Aufenthaltserlaubnisse, Aufenthaltsgestattungen und Duldungen	860
1. Aufenthaltserlaubnisse	860
2. Aufenthaltsgestattungen	861
3. Duldungen	861
§ 22 Integration durch Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache und weitere Integrationsangebote	862
A. Integrationsförderung auf Bundesebene vor dem Zuwanderungsgesetz	862

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Grundstruktur des Integrationskurssystems des Aufenthaltsgesetzes (§ 43 AufenthG) .....	863
C. Teilnahmeberechtigung, Zulassung im Rahmen verfügbarer Kursplätze und Anspruchsausschluss (§ 44 AufenthG) .....	864
D. Teilnahmeverpflichtung (§ 44a AufenthG) .....	867
I. Anwendungsbereich und zuständige Behörden .....	867
II. Sanktionen bei Verstoß gegen die Teilnahmeverpflichtung .....	868
E. Integrationsprogramm (§ 45 AufenthG) .....	869
F. Berufsbezogene Deutschsprachförderung (§ 45a AufenthG) .....	869
G. Aktuelle Entwicklungen und einige Herausforderungen im Bereich der Integrationskurse .....	870
§ 23 Integrationsförderung durch Zuweisung des Wohnortes .....	871
A. Wohnsitzauflage und Wohnsitzregelung (§§ 12 und 12a AufenthG) .....	871
B. Die Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG .....	873
I. Grundstruktur (insbesondere Abs. 1 und 1a) .....	873
II. „Bestimmter Ort“ (Abs. 2 und 3) .....	874
III. „Zuzugssperre“ (Abs. 4) .....	875
IV. Voraussetzungen bzw. Verfahren für die Aufhebung (Abs. 5), Familiennachzug (Abs. 6), Rückwirkung auf Altfälle (Abs. 7) und Verhältnis zur Wohnsitzauflage (Abs. 10) .....	876
V. Rechtsschutz und Verfahrensregelungen (Abs. 8 und 9) .....	877
C. Fazit .....	877
§ 24 Integration durch Gewährung von Daueraufenthaltsrechten und die gesetzlichen Bleiberechtsregelungen .....	879
A. Regelungen zur Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG .....	880
I. Systematische Abgrenzung .....	880
II. Übergangsvorschriften hinsichtlich des AuslG 1990 nach Kapitel 10 AufenthG .....	881
III. Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG .....	881
1. Besitz einer Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren: Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Abs. 4) .....	882
a) Anrechenbare Zeiten .....	882
b) Anrechnungsregelungen .....	882
2. Sicherung des Lebensunterhalts (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und S. 6) .....	883
3. Altersvorsorge (Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und Abs. 3 S. 1 bis 3) .....	884
4. Kein Entgegenstehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Gefahren (Abs. 2 S. 1 Nr. 4) .....	885
5. Beschäftigungserlaubnis (Abs. 2 S. 1 Nr. 5 und Abs. 3 S. 1 und 3) .....	885
6. Erlaubnisse zur Berufsausübung soweit erforderlich (Abs. 2 S. 1 Nr. 6 und Abs. 3 S. 1 und 3) .....	886
7. Nachweis ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache und Abweichungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 7 und S. 2 bis 5) .....	886
8. Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Abs. 2 S. 1 Nr. 8 und S. 2 bis 5) .....	887
9. Ausreichender Wohnraum (Abs. 2 S. 1 Nr. 9) .....	887
10. Erlöschensregelungen (§ 51 AufenthG) .....	887
B. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a AufenthG .....	887
I. Ausgeschlossene Formen des rechtmäßigen Aufenthalts (Abs. 3) .....	888
II. Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und § 9b AufenthG) .....	889
III. Lebensunterhaltssicherung (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und § 9c AufenthG) .....	890

IV. Weitgehende Parallelitäten zwischen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a Abs. 2 AufenthG und der Niederlassungserlaubnis nach § 9 Abs. 2 AufenthG .....	890
V. Erlöschensregelungen (§ 51 Abs. 9 AufenthG) .....	890
C. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG .....	891
I. Völker- und unionsrechtlicher Rahmen – dauerhafte Lösung für Flüchtlinge .....	891
II. Verfestigungsregelung im AufenthG .....	892
1. Fünf-Jahresregelung (S. 1 und 2) .....	894
2. Drei-Jahresregelung (S. 3 und 4) .....	894
D. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG .....	894
E. Regelungen zum Übergang eines geduldeten Aufenthalts in einen rechtmäßigen humanitären Aufenthalt .....	895
F. Fazit .....	895
§ 25 Sozial- und familienrechtliche Absicherung der Integration .....	897
A. Ausgewählte integrationsrechtliche Problemfelder im deutschen Sozialrecht .....	898
I. SGB III .....	899
1. Ausbildungsförderung nach § 56 SGB III .....	899
2. Beratung und Vermittlung .....	900
3. Zugang zu weiteren Leistungen nach dem SGB III .....	901
II. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) .....	902
III. SGB VIII .....	903
IV. SGB IX .....	903
V. SGB XII .....	904
VI. SGB II .....	904
B. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) .....	906
I. Grundstruktur, sozialrechtliche und integrationspolitische Einordnung .....	906
II. Kreis der Leistungsberechtigten und Ausschluss durch Gewährung von Überbrückungsleistungen (§ 1 AsylbLG) .....	907
III. Grundleistungen, Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt sowie sonstige Leistungen (§§ 3, 3a, 4 und 6 AsylbLG) ....	909
IV. Sogenannte Analogleistungen (§ 2 AsylbLG) .....	911
V. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung bei aufenthalts- bzw. asylrechtlichem Fehlverhalten .....	913
1. Anspruchseinschränkung nach § 1a AsylbLG .....	913
2. Ergänzende Bestimmungen nach § 11 AsylbLG .....	916
VI. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung im Bereich des Förderns und Forderns .....	916
C. Familienleistungen .....	917
D. Fazit .....	920
<b>10. Kapitel. Migrationsrechtliche Bezüge des Strafrechts</b> .....	923
§ 26 Einleitung .....	923
A. Schnittmengen von Migrationsrecht und Strafrecht .....	923
I. Die Bereinigung der Akten um nicht mehr verwertbare Daten ....	924
1. Keine Daten sind gute Daten .....	924
2. Wie Daten in die Ausländerakten kommen .....	924
3. Anspruch auf Löschung oder Vernichtung von Daten .....	925
4. Die Aktenbereinigung um Daten aus Strafverfahren .....	925
II. Lösungsantrag und Erledigung .....	926

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Strafvollstreckung	926
I. Das Absehen von der weiteren Strafvollstreckung	926
1. Die Abschiebung nach Vollstreckung eines Teils der Freiheitsstrafe	926
2. Abschiebung bewirkt keine endgültige Erledigung der Strafe	927
a) Nachholung der Strafvollstreckung	927
b) Belehrung des Betroffenen	927
c) Rückkehr vor Vollstreckungsverjährung	927
II. Strafaussetzung zur Bewährung nach Abschiebung	928
1. Antragstellung aus dem Ausland	928
2. Persönliche Anhörung	929
C. Strafvollzug	929
I. Vollzugsprobleme bei Migranten	929
1. Offener Vollzug und Vollzugslockerungen	929
2. Verlegung in andere JVA	930
II. Die Rolle der Ausländerbehörde in Vollzugsfragen	930
1. Das „Benehmen“ der Ausländerbehörde	930
2. Anwaltliche Handlungsoptionen	931
III. Gerichtlicher Rechtsschutz	931
§ 27 Spezialgesetzliche Straftatbestände	931
A. Strafverfahren im Staatsangehörigkeitsrecht	932
I. Einleitung	932
II. Strafbarkeit falscher Angaben im Einbürgerungsverfahren	933
1. Falsche wesentliche Angaben	933
2. Falsche oder unterbliebene Angabe von Bagatelldaten	933
3. Einbürgerungshindernis bis zur Tilgungsreife	934
III. Falsche Angaben zum Ausweis nach § 30 StAG	934
B. Straftaten nach dem AufenthG	934
I. Einleitung	934
1. Blankettnormen	935
2. Verwaltungsakzessorietät	935
3. Sabotage des Verfahrens, untergetauchter Ausländer	935
4. Vollziehbarkeit	936
5. Betroffener Personenkreis	936
6. Die Auswirkungen der Rückführungs-RL	937
7. Keine Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 95 Abs. 5 AufenthG)	937
II. Verstoß gegen die Passpflicht (§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	937
III. Unerlaubter Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel (§ 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	938
IV. Einreise ohne Pass (§ 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG)	939
V. Verstoß gegen ein Ausreiseverbot oder gegen eine Einschränkung der politischen Betätigung (§ 95 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG)	939
VI. Verstoß bei der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG)	940
VII. Verstöße bei Maßnahmen zur Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG)	940
VIII. Verstöße gegen Maßnahmen zur Überwachung von Ausländern (§ 95 Abs. 1 Nr. 6a AufenthG)	940
IX. Wiederholter Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung (§ 95 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG)	941
X. Mitgliedschaft in einer geheimen Gruppe (§ 95 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG)	942

## Inhaltsverzeichnis

XI. Verstoß gegen Verbot der Erwerbstätigkeit durch Inhaber von Schengen-Visa (§ 95 Abs. 1a AufenthG) .....	942
XII. Verstöße gegen Einreise- oder Aufenthaltsverbot (§ 95 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG) .....	943
XIII. Falschangaben zum Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG) .....	943
XIV. Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG) .....	945
C. Strafbarkeit nach dem AsylG .....	946
I. Verleiten zur missbräuchlichen Antragsstellung (§§ 84, 84a AsylG) .....	946
II. Verstöße gegen Beschränkungen (§ 85 AsylG) .....	947
§ 28 Migrationsrechtlich relevante Vorschriften des StGB .....	947
A. Straftatbestände .....	948
B. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe .....	948
C. Rechtsfolgen von Straftaten .....	949
I. Keine generellen Sonderregeln bei der Strafe .....	949
II. Einige relevante Strafzumessungskriterien .....	949
1. Die sogenannte Ausländereigenschaft .....	949
2. Ausländerrechtliche Folgen einer Verurteilung .....	949
3. Strafempfindlichkeit .....	950
III. Die Maßregeln der Unterbringung nach §§ 63, 64, 66 StGB .....	950
1. Die praxisrelevanten Maßregeln .....	950
2. Die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt .....	950
a) Zunahme der Unterbringungen nach §§ 63, 64 StGB .....	950
b) Migranten in der Entziehungsanstalt .....	951
c) Zur Vollstreckungsreihenfolge nach § 67 StGB .....	951
d) Partieller Verstoß des § 67 StGB gegen die EMRK .....	952
e) Ausländerrechtliche Chancen der Unterbringung nach § 64 StGB .....	953
f) Maßregelvollzug im Ausland .....	954
<b>11. Kapitel. Datenschutzrecht</b> .....	955
§ 29 Grundlagen .....	955
A. Europarechtliche Grundlagen .....	955
I. Primärrecht .....	955
II. Verordnungen .....	956
1. Datenschutz-Grundverordnung (VO (EU) 2016/679) .....	956
a) Überblick .....	956
b) Rechte der betroffenen Person .....	957
c) Rechtsbehelfe .....	958
2. Dublin III-VO .....	958
3. Eurodac-Verordnung .....	960
a) Überblick .....	960
b) Aufbau des Systems und Grundprinzipien .....	960
c) Erfassung, Übermittlung und Abgleich der Fingerabdruckdaten .....	960
d) Aufbewahrung und Löschung der Daten .....	961
e) Datenmarkierung .....	961
f) Verwendung der Daten für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke .....	961
g) Datenverarbeitung, Datenschutz und Haftung .....	962
III. Richtlinien .....	963
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	963

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 30 Migrations- und integrationsrechtliche Datenschutzbestimmungen .....	964
A. Aufenthaltsgesetz und -verordnung .....	965
I. Einführung .....	965
II. Erhebung personenbezogener Daten .....	966
III. Übermittlung personenbezogener Daten .....	967
IV. Speicherung und Löschung personenbezogener Daten .....	967
V. Ausweisrechtliche Pflichten und Auswertung von Datenträgern ...	968
VI. Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität .....	969
VII. Elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	970
VIII. Beteiligung der Sicherheitsbehörden .....	970
IX. Rechte des Betroffenen .....	971
B. Asylgesetz .....	971
I. Einführung .....	971
II. Erhebung personenbezogener Daten .....	971
III. Übermittlung personenbezogener Daten .....	972
IV. Löschung personenbezogener Daten .....	972
V. Mitwirkungspflichten des Ausländers .....	973
VI. Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität .....	973
VII. Auswertung von Datenträgern .....	975
VIII. Rechte des Betroffenen .....	975
C. Ausländerzentralregistergesetz und -durchführungsverordnung .....	975
I. Entwicklung und Aufbau des Registers .....	975
II. Anlässe der Speicherung und Inhalt des Registers .....	976
III. Datenübermittlung .....	977
1. Übermittlung an das Register .....	977
2. Übermittlung durch die Registerbehörde .....	978
IV. Rechte des Betroffenen .....	980
1. Auskunftsrecht .....	980
2. Rechte auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung .....	981
3. Übermittlungssperren .....	982
4. Datenschutzaufsicht .....	982
D. Datenschutzgesetze .....	982
I. Überblick .....	982
II. Abgrenzung zwischen öffentlichen Stellen des Bundes und der Länder und nicht-öffentlichen Stellen .....	983
III. Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen ..	984
IV. Datenschutzaufsichtsbehörden .....	984
1. Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden .....	984
2. Aufgaben der Aufsichtsbehörden .....	984
V. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten .....	985
1. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ..	985
2. Verarbeitung zu anderen Zwecken .....	986
3. Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen .....	986
VI. Rechte der betroffenen Person .....	987
1. Informationspflicht bei Erhebung personenbezogener Daten .....	987
2. Auskunftsrecht der betroffenen Person .....	988
3. Recht auf Löschung .....	988
4. Widerspruchsrecht .....	988
5. Rechtsbehelfe .....	989
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>991</b>